Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und Schwere in Beste Kindernahrung. als Kaffee-Sahne billig und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
6 Wilsdruffer Strasse 6
(neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1893.

Feinere Hemden nach Maass Remke & Scheffler 11 Pragerstrasse 11 Modewaaren für Herren.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Täglich frisch:
Pfannkuchen, Spritzkuchen, Thee- und Kaffeegebäck
empfiehlt
Ferd. Sander.
Waisenhausstrasse 24 (neben Victoria-Salon).
Bestellungen werden gut und pünktlich ausgeführt.

Costümfabrik Max Jacobi,
Dresden-A., 26 Galeriestrasse 26 (Telephon 389).
Lieferant der grösseren Theater Berlins.
Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeder Zeitalters. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung. Jetzt: Waisenhausstr. 16, gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 38. Spiegel: Sozialistendebatte, Kommission der Sieben, Vorgänge in Hawaii. Hofnachrichten, Alpenvereinsfest, Sozialdemokratische Versammlung, Dresdner Kegelclubs, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. Lotterielisten. Dienstag, 7. Februar.

Politisches.

Die Fluthen der Sozialistendebatte haben sich im Reichstage noch immer nicht verlaufen. Es scheint, als wolle man die Zeit vor den großen Entscheidungen möglichst nützlich dazu verwenden, den Arbeiterführern Gelegenheit zu geben, einmal ungestört und ungenirt sich bloßzustellen. Denn man mag die Reden, die in den letzten Tagen gehalten wurden, betrachten, unter welchem Gesichtswinkel es sei, man wird doch die Vasallen Singer's nicht für die Sieger in dem männermordenden Kampfe erklären können. Wenn uns von ihm, dem reisigen Greise Liebknecht, der wie der alte Nestor von Zeit zu Zeit auch der Pythia Konkurrenz macht und sich auf das Prophezeien legt, geweissagt wird, daß im Jahre 1898 der Zukunftsstaat sich in Wirklichkeit umsetzen werde, so könnte man jetzt doch wenigstens schon die allgemeinsten Grundzüge der künftigen Verfassung verlangen. Aber die erhält man leider nicht und wie gesagt, nur Hr. v. Völtzscher, der ja bekanntlich unter allerlei Systemen Stand hält, wurde durch die Versicherung beglückt, daß er auch im kommenden Utopien Staatssekretär des Innern verbleibt. Wo der praktische Werth der ganzen Reichstags-Unterhaltung liegt, ist vorläufig absolut unerfindlich, zumal die Regierung sich andauernd in ein vielsagendes Schweigen hüllt und durch ihre Vertreter sich nur stoßweise an der „Heiterkeit" betheiligt. Nur ein theoretischer Werth der Debatte muß anerkannt werden. Satz für Satz und Wort für Wort wurde die Lehre der Sozialisten zerpflückt, wie nie zuvor. Die Arbeiten des Reichstags fördert das allerdings nicht: Die Etatsberathung steckt noch in den Kinderhöschen, die Marineberathung wird bei den gewaltigen Abstrichen der Kommission unzweifelhaft zu langwierigen Verhandlungen führen, die neuen Steuerpläne lassen sich auch nicht kurzer Hand durch Ja und Nein erledigen, Wuchergesetz, der Heinze, der Entwurf über die Abzahlungsgeschäfte lagern in der Kommission und verlangen zum Leben, und die Heeresvorlage verfinstert den Horizont der Zukunft. Wie sich diese Dinge nun sämmtlich erledigen sollen, ist einigermaßen unklar, selbst wenn die Abgeordneten durch lebhaftere Betheiligung an den Sitzungen einen ungleich besseren Willen zeigen als bisher.

Die wichtigste Aufgabe hat jetzt die Kommission der Sieben zu erfüllen, die sich mit der finanziellen Seite der Militärvorlage zu befassen hat. Sie muß zunächst zwei Fragen zur Beantwortung stellen. In erster Linie wird sie einmal auszuforschen haben, was die Vertreter der Vorlage eigentlich an Heller und Pfennig verlangen, denn bis heute ist eine genügende Klarheit noch nicht da. Diese Aufgabe zu lösen, stand allerdings den Herren Ressortchefs zu, aber sie haben sich damit begnügt, eine noch dazu ziemlich aussichtslose und an das ganze Erforderniß gar nicht heranreichende Deckung vorzuschlagen. Zugleich wird die Kommission der bösen Sieben sich die Frage vorlegen und beantworten müssen, wie es denn überhaupt mit unseren Reichsfinanzen stehe. Hier in dieser Kommission wird also erst die Grundlage geschaffen werden können, auf welcher der ganze Plan sich gründen muß; eine Hausfrau, die neue Möbel anschafft, ehe sie weiß, woher sie das Geld dazu nehmen kann, gilt nicht als verständig. Darum werden die Debatten im Reichstage erst dann einen positiven Werth erlangen, wenn die Zahlen sich klar und sicher über dem Wirrwarr erheben. Denn ein solcher Wirrwarr besteht noch. Die Regierung berechnete bei der geplanten Erhöhung des Offizierkorps um 2000, der Unteroffiziere um 12,000 und der Mannschaften um 71 000 Köpfe die dauernden Mehrausgaben auf 64 Millionen. Das Reichsschatzamt dagegen schlug Steuern vor, die, selbst wenn sie glatt durchgehen und wirklich den Ertrag erzielen, der den rosigen Hoffnungen des Herrn v. Maltzahn entspricht, um 8 Millionen schon hinter den Erfordernissen des ersten Jahres zurückbleiben. Nun haben wir bereits gehört, daß zu den neuverlangten 64 Millionen noch etwa 16 Millionen hinzukommen, es ist andererseits als höchster Erfolg der drei neuen Steuern ein Betrag von 50 Mill. sachverständig nachgewiesen worden! Wenn also Alles klappt und alle Wünsche der Regierung in Erfüllung gehen, so fehlen uns bereits für das erste Jahr 30 Millionen! Wenn die Sieben sehr nervös veranlagt sind, wird diese Thatsache ihre Kopfschmerzen nicht gerade verringern! Sie haben aber noch andere Leiden. Nach den Angaben der „Börsenztg." stellt das Jahr 1893/94 den Einzelstaaten nicht nur keinen Pfennig an effektiver Zuwendung aus der Reichskasse mehr in Aussicht, vielmehr dürften die Matrikularbeiträge schließlich um 20 Millionen höher sein, als die Ueberweisungen. Hatten die letzteren noch im letzten Jahre eine Höhe von 40 Millionen, so bedeutet die neueste Wendung im Ganzen eine Belastung der Einzelstaaten um 60 Millionen, eine Thatsache, die wohl in den Landtagen unangenehm genug empfunden werden dürfte. Dazu kommt noch eine andere Fatalität, auf welche das genannte Blatt aufmerksam macht. Seit 1887 haben sich die ordentlichen Ausgaben des Reiches um 100 Millionen gesteigert, deren Deckung von dem „natürlichen" Wachsthum der Verbrauchsabgaben und Verkehrserträgnisse erwartet wurde. Inzwischen kamen die neuen Handelsverträge und die moderne Wirthschaftspolitik, und die „natürliche" Steigerung äußert sich darin, daß für etwa 30 Millionen überhaupt jede Deckung fehlt, mit denen vielleicht wieder die Einzelnstaaten gesegnet werden. Man kann außerdem durch Steigerung der Ausgaben für die Invalidenversicherung u. A. eine weitere Steigerung des Bedarfs um 30 Millionen erwarten, sodaß neben der Belastung der Einzelstaaten etwa 140 Millionen neu aufzubringen sind. Die Annahme eines Kompromißantrags nach den Vorschlägen Bennigsen's würde den Posten auf 110 Millionen herabschrauben. Aber auch dieser Summe steht bis jetzt noch keine entsprechende Einnahmequelle gegenüber. Hr. v. Maltzahn mag leichten Herzens darüber hinwegkommen; aber Grund zu besorgten Erwägungen ist in Hülle und Fülle vorhanden und die Besorgnisse werden umso stärker sein, je weniger die Reichsfinanzverwaltung zur Lösung so schwieriger Dinge sich als geeignet erwiesen hat.

In den letzten Tagen ist das Inselreich von Hawaii recht viel genannt worden, wenn allerdings auch nicht so oft, wie in den Zeiten, da der selige Kalakaua nach dem berühmten Muster des Schah von Persien seine Tournée durch Europa antrat und auf den Wiener Monachen-Bällen als Vortänzer figurirte. Der Schah war noch ernst genommen und an den Höfen mit allem möglichen Ceremoniell empfangen worden, obwohl er nach begründeten Erzählungen die Gardinen mit Schnupftüchern verwechselte und auf sein Verhalten zu hochstehenden Damen gewisse Grundsätze übertrug, die Europa's übertünchte Höflichkeit nun einmal ausgemerzt hat. David Kalakaua, des großen Kamehameha nicht ganz würdiger Enkel, hat die Strapaze seiner europäischen Kneiptreise nicht lange überstanden; vor zwei Jahren segnete er das Zeitliche und hinterließ die Sorgen der Regierung seiner Schwester Liliuokalani, der tugendhaften Gattin des Schotten Davis. Seit zwei Jahren regierte sie schlicht und recht auf Grund der überlieferten Verfassung, bis sie vor einigen Tagen eine stark absolutistische Anwandlung verspürte und den erstaunten Insulanern auseinandersetzte, daß sie Herrin im Lande sei und Jeden vernichten werde, der etwas Anderes glaube. Der Vorgang hierbei war sehr einfach. Eines schönen Tages beschied Ihre Majestät die Minister in's „blaue Zimmer", wo sie in prachtvoller Gewandung, das Haupt mit der Krone geschmückt, auf einem Tische saß und die Unterzeichnung einer neuen Verfassungsurkunde verlangte. Die Minister weigerten sich und riethen ihr ab. Darob ergrimmte Liliuokalani, schlug mit der geballten Faust auf den Tisch und wurde auch sonst ungemüthlich. Hierauf eilten die Minister schleunigst fort, riefen ihre Freunde zu einer Versammlung und zogen vor den Palast, wo sie das Volk belehrten, daß es von der Königin verrathen worden sei und daß ihr Haupt fallen müsse. Hierauf wurde die Monarchin als abgeschafft erklärt und ein Wohlfahrtsausschuß gebildet. Merkwürdigerweise landeten auch sofort amerikanische Soldaten, um auf Wunsch des Vertreters der Vereinigten Staaten, Mr. Stevens, die Inselgruppe zu beschützen. Die Königin protestirte aus Leibeskräften: „Ich, Liliuokalani, von Gottes Gnaden und gemäß der Verfassung Königin von Hawaii, protestire feierlichst gegen alle von gewissen Personen verübten Handlungen, welche Personen sich anmaßen, eine provisorische Regierung für dieses Königreich errichtet zu haben. Ich erkläre, daß ich der überlegenen Macht der Vereinigten Staaten weiche, deren Gesandter, Herr Stevens, Truppen der Union in Honolulu landen ließ und erklärte, er werde besagte Regierung unterstützen." Dieser Protest dürfte der letzte Regierungsakt der weiblichen Majestät gewesen sein. Denn allzu deutlich ist es, daß Nordamerika den Fuß, den es jetzt in das Inselreich setzte, nicht wieder zurückziehen wird. Wenn es auch vor einer Annexion zurückschrecken mag, so wird es doch seine Hegemonie dort proklamiren, zumal Hawaii eine wohlgelegene Kohlenstation auf dem Wege nach Australien bildet. Es hat ja seitens Englands einen Protest gegen das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegeben, aber zu einem ernsteren Zwist wird es schwerlich kommen. Vielleicht fällt für England als Ersatz anderswo ein Brocken ab. Deutschland ist an der Angelegenheit direkt nicht interessirt, höchstens könnten wir die günstige Gelegenheit benutzen, um in Samoa einige Zugeständnisse zu erlangen. Wie dem aber auch sei, deutlich genug beweist das Schicksal der armen Liliuokalani, was ja auch im Thierreich Regel ist, daß das Huhn nur so lange ein Recht hat zu leben, als es dem Fuchs gefällt. Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. Februar.

Berlin. Reichstag. Auf Antrag der Abgg Singer u. Gen. wird der Reichskanzler ersucht, die Einstellung des gegen den Abg. Fahrn. v. Munch beim Stuttgarter Landgericht schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session zu veranlassen. Darauf wird die Berathung des Etats des Innern und damit die Sozialistendebatte fortgesetzt. Abg. Bebel (Soz.): Die Sozialdemokraten fühlten sich nichts weniger als vernichtet, sondern seien bereit, den Kampf zu jeder Zeit wieder aufzunehmen, und wer der Sieger sein werde, werde die Zukunft zeigen. Die Vertreter der besitzenden Klassen in diesem Hause würden sich allerdings niemals bekehren lassen. Die herrschenden Klassen wüßten recht gut, daß die Sozialdemokratie eine Kulturbewegung ersten Ranges sei. Sie stellten die Sozialdemokraten in Flugblättern ꝛc. als Nordbrenner dar, die die Welt in die Barbarei zurückführen wollten. Derartige Verdächtigungen scheiterten aber an dem gesunden Sinne der Massen; je mehr der Arbeiter geknechtet werde, treibe man ihn der Sozialdemokratie zu. Die Einführung des allgemeinen Stimmrechts sei den herrschenden Klassen leid geworden, anderenfalls wäre es auch für die Landtagswahlen eingeführt worden. Der Vorwurf, nichts Positives geschaffen zu haben, sei der Sozialdemokratie gegenüber hinfällig, da sie im Reichstage mit 36 Mitgliedern 360 gegenüberstehe. Trotzdem habe die Sozialdemokratie eine größere moralische Macht als irgend eine andere Partei. Das sei in kaiserlichen Proklamationen und Thronreden wie in Reden Bismarcks anerkannt deshalb sei jetzt auch die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Lande, stärker als das Centrum. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages habe auch zahlreiche positive Anträge gestellt und sie werde damit fortfahren. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Sozialdemokratie kein Programm habe, verweise er auf die Aeußerung der Kreuzzeitung unmittelbar nach dem Erfurter Parteitage: „Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die ein klares Programm besitze." Allerdings sei seine Partei nicht 30 Jahre hindurch auf einem Punkte stehen geblieben, sie habe sich ebenso gemausert wie z. B. die Partei Richter, aber letztere habe sich rückwärts, die der Sozialdemokratie vorwärts gemausert. In keiner Wissenschaft gebe es Stillstand, warum in der Politik? Niemand könne sagen, wie es in fünf Jahren aussähe; er könne kein Gemälde des Zukunftsstaates entrollen, an einem solchen müsse die ganze Partei mitarbeiten, sonst könne man sagen: das ist das Bild Bebel's, nicht aber das der Partei. Die Entwickelung habe Niemand in der Hand, der Schwerpunkt derselben liege nicht in den Personen, sondern in den Dingen; wenn heute alle Mitglieder der Regierung starben, so wäre damit nichts geändert, denn das Wesen der Dinge bliebe; an der Verwechselung der Personen und Dinge sei bisher noch jede Revolution gescheitert. Die Ursachen der anhaltenden Krise seien nicht die schlechten Verhältnisse, wie Richter meinte, sondern die kapitalistische Produktionsweise, die Ueberproduktion und die herabgeminderten Kaufrechte der Massen durch das Sinken der Löhne und die Concentrirung des Kapitals in immer weniger Hände. Seine Freunde hätten die Leitung der Versammlungen der Arbeitslosen auf deren Wunsch übernommen. Richter habe in seiner Broschüre nicht den sozialdemokratischen Zukunftsstaat geschildert, sondern das Bild, das er sich von seinem Standpunkte aus davon gemacht habe. Richter sei so einseitig wie die heutige Gesellschaftsordnung dies zeige, daß er nicht auf den Gedanken kommen könnte, es könnte eine Stiefelwichsmaschine erfunden werden. (Heiterkeit.) Eine solche bestände thatsächlich schon; was wäre übrigens dabei, wenn auch ein Reichstagsabgeordneter seine Stiefeln selbst wichse, er habe das jahrelang gethan, auch den Fußboden gescheuert und sich sehr wohl dabei befunden. In dem, was Bachem über die Auswahl der rechten Leute zur Leitung der verschiedenen Unternehmungen in der künftigen Organisation gesagt, habe sich eine souveräne Verachtung der Intelligenz der Arbeiter ausgesprochen. Die Richter'sche Schrift sei von den Kapitalisten in Massen unter die Arbeiter vertheilt worden, daher die große Auflage, die Arbeiter hätten die Broschüre aber als Makulatur behandelt, es würden darin nur Kindereien gegen die Sozialdemokratie ausgespielt. Auch haltlos sei der Vorwurf, daß die Sozialdemokraten die Arbeiter vom Sparen abhielten, die Arbeiter könnten bei ihren Löhnen nicht sparen oder doch nur auf Kosten ihrer Lebenshaltung, womit sie sich selbst schaden würden; sparten die Arbeiter an Cigarren, Bier und Branntwein, so würden schon so und so viele Cigarrenfabriken, Brauereien und Brennereien zu Grunde gehen. Hätte die Sozialdemokratie nicht unter dem Sozialistengesetze gestanden, so wurde das Gothaer Programm keine 5 Jahre erhalten worden sein. Auch im Christenthum habe das nationalökonomische Moment den Schwerpunkt gebildet, man hoffte nicht auf ein neues himmlisches, sondern auf ein neues irdisches Reich; auch bei der Reformation hätten gewisse Klassen-Interessen mitgewirkt. Die Liberalen seien Reaktionäre geworden, die Sozialdemokratie werde aber nach wie vor alle jene liberalen Anträge unterstützen, in welchen die Freiheit der Menschen gefördert werde. Uebrigens werde die Sozialdemokratie jederzeit bereit sein, den Kampf weiterzuführen (Beifall bei den Sozialdemokraten). — Abg. Dr. Boettcher (nat.-lib.): Was die Sozialdemokraten erstreben, sei eine neue Kulturstufe ohne religiöse Unterlage, also etwas Unmögliches; durch solche Theorie werde die Lage der Arbeiter nicht gebessert, was diese wohl einsehen; dieselben würden auch einsehen, daß die Sozialdemokraten mit anderen Parteien nicht zusammengewirkt hätten, um auf dem Wege der Reform eine Besserung der Lage der arbeitenden Klassen herbeizuführen. In dieser Beziehung sei in keinem Staate der Welt so viel geschehen als bei uns und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokratie. Bebel's Ausführungen über das Sparen bewiesen, daß er die Arbeiter nicht kenne. Das glückliche, ergiebige Moment, das im Sparen liege, übersehe er ganz. Die Sozialdemokratie stehe mit leeren Händen der Zukunft gegenüber, es habe dies die Debatte gezeigt und man werde es im Lande überall erkannt haben. (Beifall.) — Abg. v. Koscielski (Pole): Die Polen schütze ihr fester Glaube, ihr Vaterlandsgefühl und ihre Sparsamkeit vor der Sozialdemokratie, man müsse deshalb Alles thun, um diese Eigenschaften zu erhalten. Die Polen hielten treu zum Reich. Wenn alle Parteien sonst fest zusammenstünden, namentlich auch zur Stärkung der Wehrkraft, würde die Sozialdemokratie machtlos sein. (Beifall.) — Abg. Dr. Bachem (Cent.): Das Centrum will die Einführung des allgemeinen Stimmrechts auch für die Landtagswahlen. Ueber den Begriff des Zukunftsstaates habe Bebel auch heute nur ein Spiel mit Worten gegeben. Er sagt: „Wir wollen keinen Zukunftsstaat, sondern eine neue Gesellschaftsordnung." Nun gut, wie soll die denn aussehen, wie soll die Autorität bestehen, wie sollen die Kräfte alternieren, in verschiedenen Beschäftigungen verwandt werden? Ohne das Agitationsmittel des Zukunftsstaates, der jetzt aufgegeben wird, hätte die Sozialdemokratie keine Anhänger bekommen. Unsere Gesetzgebung habe einen sozialistischen Zug, den Wohlhabenden seien zu Gunsten der Unbemittelten Lasten auferlegt worden, im Reiche sei die Arbeiterversicherung durchgeführt, das sei friedliche und praktische Sozialpolitik. Die Sozialdemokratie sei revolutionär und deshalb unfruchtbar; um wiederherzustellen, was sie zerstört habe, müsse das Christenthum gestärkt werden. (Beifall.) — Abg. Richter (freis.): Bebel habe sich mit Mitzen um ernste Sachen herumgetrieben, auch nicht eine der an ihn gerichteten Fragen habe er beantwortet. So sei er der Frage ausgewichen: Brauchen Sie eine Zwangsgewalt? (Bebel: Nein!) Wer soll aber die Arbeit thun, wenn es keine Arbeiter giebt? (Bebel: Wer nicht arbeitet, bekommt nichts zu essen! Heiterkeit.) Das ist ja der Zwang zur Arbeit bei Strafe des Verhungerns. (Heiterkeit.) Bebel habe ferner über die Zerstörung des Familienlebens geschwiegen, er habe eben kein Verständniß dafür. Er kenne nicht das Gefühl des Vaters, der Abends in seine Wohnung, nicht in eine bloße Schlafstelle, komme, und den dort das kleine Kind empfängt und umschmiegt. (Beifall.) Nun noch die Stiefelwichsfrage. (Heiterkeit.) Bebel erzähle, daß eine Stiefelwichsmaschine erfunden sei; nun, wenn das der Fall ist, dann brauchen wir ja keinen sozialistischen Staat mehr. (Große Heiterkeit.) Er habe übrigens das Stiefelwichsen nicht als unehrliches Gewerbe hingestellt, sondern an diesem Beispiele nur beweisen wollen, wie unsinnig es sei, höher qualifizirte Kräfte bei derartigen mechanischen Arbeiten zu verwenden. Die Sozialdemokraten wollten alterniren. Halten Sie das noch für möglich? (Bebel: Jawohl!) Nun, da machen Sie es doch zunächst in Ihrer Partei. (Große Heiterkeit.) Bei Ihnen sind aber die Personen, die an der Spitze stehen, die Herren Liebknecht, Bebel und Singer, die denken nicht an ein Alterniren, am wenigsten denken sie daran, ihre Damen an diesen Aemtern zu betheiligen. (Heiterkeit.) Für die Ausdehnung der Sozialdemokratie habe sich diese in erster Linie beim Fürsten Bismarck zu bedanken, der sie gehegt und gepflegt habe. Der Kern der sozialdemokratischen Bestrebungen, der Zukunftsstaat, sei faul. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Dem Bundesrath ist gestern das sogenannte Reichsseuchengesetz zugegangen. Es führt den Titel Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Das Gesetz, dessen Inkrafttreten zu einem offengehaltenen Zeitpunkt des Jahres 1896 erfolgen soll, zerfällt in sechs Abschnitte: die Anzeigepflicht, Ermittelung der Krankheit, Schutzmaßregeln, Entschädigung, allgemeine Vorschriften und Strafbestimmungen. Nach den Strafvorschriften werden bis zu 2 Jahren Gefängniß bestraft: wer wissentlich ein von der zuständigen Behörde erlassenes Ausfuhrverbot verletzt, wissentlich Leibwäsche, Bettzeug oder sonstige Gegenstände, welche von Personen benutzt sind, die an einer ansteckenden Krankheit litten, vor erfolgter Desinfektion in Gebrauch nimmt, Anderen überläßt oder sonst in Verkehr bringt; endlich wer ebenso nicht desinfizirte Fahrzeuge oder sonstige Geräthschaften, die zur Beförderung der Kranken und Verstorbenen

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Dauerstr. 41/42. Trocken-fütterung.